



BRIEF AUS BERLIN – NR. 06/2017

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Atomendlagersuche
- + Opferschutz bei Vermögen aus Straftaten
- + Rechtssicherheit für Rechtsberufe
- + Weingesetzreform
- + Drohende Schließung Mundi-Pharma
- + SPD-Parteitag mit Martin Schulz
- + Jahrestag Otto-Wels-Rede
- + Vereidigung Bundespräsident Steinmeier
- + Reform der Bund-Länder-Finzen
- + PKW-Maut kommt nach Europarecht
- + Bericht zum demografischen Wandel
- + Delegationsbesuch aus Mosambik
- + Delegationsbesuch aus Tansania
- + Gesprächskreis Afrika
- + Netzwerkabend mit Dietmar Bartsch
- + Junge Islamkonferenz im Bundestag

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

diese Woche hat für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gut angefangen: Wir haben einen erfolgreichen Parteitag hinter uns und mit Martin Schulz einen hervorragenden Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten gewählt. 100 Prozent Zustimmung – das hat es in der SPD noch nie gegeben. Es zeigt, dass die SPD geschlossen zusammen steht und das Rennen um das Kanzleramt aufgenommen hat. Schon lange war eine Bundestagswahl nicht mehr so spannend. Der heutige ARD-Deutschlandtrend von Infratest-Dimap sieht CDU und SPD mit jeweils 32 Prozent auf Augenhöhe. Und in der Kanzlerfrage liegt Martin Schulz klar vor Angela Merkel. 2017 wird ein spannendes Wahljahr!

Ein besonderer Moment in dieser Woche war auch die Vereidigung des neuen Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier. In seiner Antrittsrede hat er den Deutschen Mut gemacht und auch klare Worte in Richtung Türkei gefunden. Ein guter Start! Ich wünsche Frank-Walter Steinmeier eine gute Hand für seine bevorstehende Amtszeit.

Traurig bin ich über die Nachrichten, die mich in dieser Woche aus Limburg erreicht haben. Mundipharma, ein forschendes Pharmaunternehmen mit 700 Mitarbeitern am Standort Limburg, hat angekündigt, große Teile des Unternehmens ins englische Cambridge zu verlagern. Meine Gedanken sind bei den vielen Beschäftigten, die nun um ihren Arbeitsplatz kämpfen müssen. Ich habe direkt Kontakt mit der Geschäftsleitung, dem Limburger Bürgermeister Marius Hahn und zu unserer Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries aufgenommen. Wir werden – auch in Zusammenarbeit mit der Landesregierung – um den Erhalt des Standortes in Limburg kämpfen.

Ebenfalls von besonderem Interesse für meine Heimatregion ist die Änderung des Weingesetzes. Produzenten herkunftsgeschützter Weine sollen in Zukunft noch mehr gestärkt werden. Auch rechtsberatende Berufen wurden reformiert, die Änderungen betreffen vor allem die so genannten „Syndicus-Anwälte“ in Verbänden und Stiftungen.

Diese Woche habe ich gleich drei Termine als Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südliches Afrika (SADC) wahrgenommen. Delegationen aus Tansania und Mosambik besuchten den Bundestag zu Gesprächen und im Gesprächskreis Afrika der SPD-Bundestagsfraktion stand die Reform der Afrikanischen Union zur Debatte.

Ich wünsche Ihnen und Euch ein schönes Wochenende und eine angenehme Lektüre!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus', with a stylized flourish at the end.

Martin Rabanus, MdB

Neue Regeln für die Endlagersuche – mehr Transparenz und Mitsprache



Diese Woche haben wir abschließend den Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Standortauswahlgesetzes beraten, den wir gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU und Bündnis90/Die Grünen einbringen. Das Gesetz soll die Empfehlungen der Endlagerkommission umsetzen. Es umfasst im Wesentlichen Regelungen zu einem umfassenden und transparenten Beteiligungsverfahren bei der Endlagersuche sowie klarere Regeln für den Ablauf des Standortauswahlverfahrens.

Die Novellierung des Standortauswahlgesetzes ist das vielleicht wichtigste umweltpolitische Gesetz in dieser Legislaturperiode. Es ist der Startschuss für eine neue, offene und transparente Suche nach dem Endlagerstandort für die hochradioaktiven Hinterlassenschaften der Atomenergienutzung in Deutschland. Leider wird uns das Thema der Entsorgung von radioaktiven Abfällen noch viele weitere Jahre beschäftigen. Gut, dass wir schon zu rot-grünen Zeiten ein Ende der Nutzung der Kernenergie beschlossen haben. Die Endlagerung wird eine Generationenaufgabe.

Opferschutz stärken und strafrechtliche Vermögensabschöpfung neu fassen



Mit dem beschlossenen Gesetz soll das Recht der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung vollständig neu gefasst und der Opferschutz gestärkt werden. Das heißt, Erträge aus Straftaten können damit künftig leichter eingezogen werden. Erleichtert wird auch die Einziehung von Vermögen unklarer Herkunft, wenn kein vernünftiger Zweifel daran besteht, dass das Vermögen aus kriminellen Handlungen stammt.

Das Gesetz schafft ferner die Grundlage für eine nachträgliche, umfassendere und erweiterte Einziehung von Erträgen aus Straftaten. Ein weiteres Element des reformierten Gesetzes ist zudem die grundlegende Neuregelung der Opferentschädigung.

Die Geschädigten müssen nun keinen Titel mehr gegen den Schädiger erstreiten, sie können im Strafvollstreckungsverfahren oder im Insolvenzverfahren direkt entschädigt werden. So werden sie schneller entschädigt und müssen nicht mehr langwierige juristische Prozesse führen. Eine echte Verbesserung!

Mehr Rechtssicherheit für rechtsberatende Berufe wie Anwältinnen und Anwälte



Das diese Woche beschlossene Gesetz wird schwerpunktmäßig die Berufsanerkennungsrichtlinie im Bereich der Tätigkeiten der Rechtsanwälte, Patentanwälte und unter das Rechtsdienstleistungsgesetz fallenden Berufe umsetzen. Unter anderem sieht das Gesetz aus dem Ministerium von Bundesjustizminister Heiko Maas vor, die rechtliche Stellung von Rechtsanwälten, die bei Unternehmen sind, klarer zu regeln: Wer fachlich unabhängig und weisungsfrei als angestellter Jurist in einem Unternehmen tätig ist, der kann als so genannter Syndikus-Anwalt zugelassen werden. Damit wird auch einer alten Forderung des Deutschen Anwaltsvereins (DAV) Rechnung getragen.

Die Regelungen bringen für rund 40.000 Anwältinnen und Anwälte mehr Rechtssicherheit. Sie sollen künftig die Möglichkeit haben, in die Versorgungswerke der Anwaltschaft zurückzukehren. Syndikusanwälte sind das rechtliche Gewissen der Wirtschaft und werden hierbei immer wichtiger. Ihren Berufsstand zu stärken und zu schützen ist deshalb folgerichtig.

Änderung des Weinggesetzes – Stärkung der herkunftsgeschützten Weine



Als Bundestagsabgeordneter aus einer bedeutenden Weinbauregion Deutschlands galt mein Interesse in dieser Woche besonders den beschlossenen Änderungen am Weinggesetz.

Mit den Neuregelungen werden die Länder ermächtigt, die Gründung und Anerkennung von Organisationen zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen zu ermöglichen und sie zu verwalten, um so erhebliche Marktstörungen zu vermeiden.

Für Weine, die ohne Herkunftsbezeichnung vermarktet werden, sind Hektarhöchstbeträge festgelegt. Dies betrifft vorwiegend Flachlandlagen. In diesem Zusammenhang werden Neuanpflanzungen in den Jahren 2018 und 2019 auf 0,3 Prozent der deutschen Rebfläche begrenzt. Die vorgesehenen Änderungen des Weinggesetzes sind notwendig, um das langwierige Verfahren bei der Änderung geschützter Ursprungsbezeichnungen und geschützter geografischer Angaben zu straffen und um etwaigen Marktstörungen wirksam vorbeugen zu können.

Drohende Schließung von Mundi-Pharma – Gemeinsam für die Beschäftigten kämpfen



Überrascht und geschockt hat mich diese Woche die Nachricht aus Limburg: Mundi-pharma plant, den Standort Limburg zu schließen. Das ist eine sehr traurige Nachricht für die Beschäftigten und ihre Familien, aber auch für den Standort Limburg. Mundipharma plant, einen Großteil der Arbeitsplätze abzubauen und die hier verankerte Produktion bis September 2018 aufzulösen. Wir müssen jetzt alles dafür tun, um möglichst viele Arbeitsplätze am Standort Limburg zu retten, dies habe ich auch in einem persönlichen Gespräch mit der Geschäftsleitung von Mundipharma deutlich gemacht. Deshalb begrüße ich die Initiative des Limburger Bürgermeisters Marius Hahn, schnell Kontakt mit der Landesregierung aufzunehmen und gemeinsam für die Beschäftigten zu kämpfen. Für viele Familien beginnt nun eine Zeit schlafloser Nächte. Die Politik darf nunmehr nicht nur zuschauen, sondern muss retten, was zu retten ist. Deshalb habe ich auch kurzfristig ein Gespräch mit Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries geführt, um sie über die Entwicklung in Limburg zu informieren und um Unterstützung zu bitten. Wichtig ist jetzt, dass alle miteinander sprechen und nicht übereinander.

SPD-Parteitag: Martin Schulz zum Parteichef und Kandidaten gewählt – 100% Rückenwind



Jubel der über 3.500 Delegierten und Gäste auf dem Berliner Parteitag, die Stimmung auf Betriebstemperatur. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 100 Prozent wurde Martin Schulz zum neuen Parteichef und Kanzlerkandidaten gewählt: Ein historisch einmaliges Ergebnis in der Geschichte der SPD. Mehr als 3.500 Delegierte und Gäste sind am vergangenen Sonntag in die Arena in Berlin gekommen, um bei der Kür des neuen SPD-Vorsitzenden dabei zu sein. Sie jubeln, sie machen Selfies und sie strecken selbstironische Schilder in die Luft: „London, New York, Würselen“.

Sichtlich bewegt schreitet Martin Schulz durch die Reihen der Berliner Arena: „Und nun stehe ich vor Euch. Ein Mann aus Würselen, aus einfachen Verhältnissen. Ich bewerbe mich um ein Amt, das großartige Menschen vor mir inne hatten.“ 75 Minuten lang spricht Martin Schulz zu seinem Publikum. Er bedankt sich für das Vertrauen und skizziert die inhaltlichen Schwerpunkte seiner Kandidatur: „Bei unserem Programm wird es um Gerechtigkeit, um Respekt und um Würde gehen.“ Und er erklärt, worum es ihm am allermeisten geht: „Ich

möchte, dass jeder einzelne Mensch den Respekt bekommt, den er verdient.“

Gebührenfreie Bildung von Kita bis Studium

Die von der Union angekündigten Steuersenkungen bezeichnet er als „alten Wahlkampfschlager“, ungerecht und ökonomisch unvernünftig. Martin Schulz hält dagegen, plädiert für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium und für einen Rechtsanspruch auf Ganztagschule.

Nur für einen kurzen Moment verliert Schulz den Kontakt zu seinen Zuhörern. Er spricht gerade über Kitas, da halten die Kameras auf einen frisch gebackenen Vater mit Baby auf dem Arm. Das Publikum seufzt verzückt auf – nur Martin Schulz hat das Motiv noch nicht gesehen. Er stutzt und glaubt, er habe etwas Falsches gesagt. Doch dann erspäh auch er das junge Familienglück: „Junge oder Mädchen?“, ruft er, „egal, wird aufgenommen!“

Klares Statement – Für Europa, gegen Rechts

Für Begeisterung sorgt auch sein unbedingtes Eintreten für Europa: „Ein deutscher Bundeskanzler hat eine zentrale Verpflichtung: Deutschland in Europa stark zu halten und Europa durch Deutschland stark zu halten.“ Ebenso deutliche Worte findet er im Hinblick auf den Umgang mit der AfD: „Diese Partei ist keine Alternative für Deutschland, sondern eine Schande für die Bundesrepublik. Wer Journalisten auslädt oder selektiv mit Medien umgeht, legt die Axt an die Wurzeln der Demokratie.“

Aufrechter Demokrat – Gedenken an berühmte Rede Otto Wels‘



Der 23. März 1933 war eine Schlüsselszene der deutschen Demokratie: Otto Wels, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, hat in seiner Rede zum Ermächtigungsgesetz vor dem Parlament Hitler und den Nationalsozialisten die Stirn geboten. Er hat für die SPD-Fraktion erklärt, warum seine Partei niemals diesem Gesetz zustimmen werde. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Dieser Satz war mutig, und die Erinnerung daran muss uns heute wieder – vielleicht mehr als uns lieb ist – Aufforderung sein, für unsere Demokratie einzustehen.

Das hat auch Steinmeier bei seiner Vereidigung betont: „Die Geschichte [zeigt] doch, dass die Demokratie weder selbstverständlich noch mit Ewigkeitsgarantie ausgestattet ist. Dass sie – einmal errungen – auch wieder verloren gehen kann, wenn wir uns nicht um sie kümmern.“

Zur Erinnerung an Otto Wels hat der Bundestag beschlossen, ein Parlamentsgebäude nach ihm zu benennen: Der Standort Unter den Linden 50 heißt nun „Otto-Wels-Haus“.

Steinmeier als Bundespräsident vereidigt: „Geben Sie Deniz Yücel frei!“



Am Mittwoch hat Frank-Walter Steinmeier in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat seinen Amtseid als 12. Bundespräsident geleistet.

Schon in seiner erste Rede im Parlament wurde deutlich: Frank-Walter Steinmeier wird sich einmischen in die Debatten in unserem Land. „Nein, ich bin nicht neutral. Überparteilich ja, wie es das Amt verlangt. Aber neutral darf ich gar nicht sein, wenn es um das Grundsätzliche geht. Deshalb sage ich Ihnen: Ich werde parteiisch sein – parteiisch für die Sache der Demokratie!“

Und es war gut, dass er das ganz konkret an anderer Stelle deutlich gemacht hat – seine Botschaft an den türkischen Präsident Erdogan war unmissverständlich: Nazi-Vergleiche gehen gar nicht! Zu einem Rechtsstaat gehören die Freiheit von Medien und Journalisten. Deshalb muss der Journalist Deniz Yücel endlich freigelassen werden.

Die Rede von Frank-Walter Steinmeier kann [hier](#) nachgelesen werden.

Reform der Bund-Länder-Finzen: Das Gesetzespaket im Überblick



Nach jahrelangen Verhandlungen einigten sich die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Bundesländer am 14. Oktober 2016 auf eine Neuregelung der sogenannten Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Ab dem Inkrafttreten der Neuregelung im Jahr 2020 sieht die vereinbarte Reform eine finanziell stärkere Beteiligung des Bundes vor. Im Vergleich zum Status quo wird der Bund 9,7 Milliarden Euro (aufsteigend bis zu 13 Mrd. Euro) mehr an die Länder zahlen. Hessen erhält davon 547 Millionen mehr. Wir hätten uns einen stärkeren solidarischen Ausgleich unter den Ländern gewünscht, denn nun werden die Starken stärker und die Schwachen fallen auf Dauer in die Abhängigkeit des Bundes. Parteiübergreifend waren sich jedoch die Ministerpräsidenten einig, dass der Bund den Ausgleich übernehmen soll. Erst am 16. Februar 2017 konnten wir den Kabinettsentwurf zur Änderung des Grundgesetzes zum Bund-Länder-Finanzausgleich in 1. Lesung im Parlament diskutieren. Bis dahin hatte nur die Exekutive mit der Exekutive verhandelt. Nachdem die Länderministerpräsidenten selbst jahrelang verhandelt haben, soll der Bundestag alles schnell in Gesetzesform gießen, darunter auch

13 Grundgesetzänderungen. Den Wunschzeitplan der Ministerpräsidenten bis Ende März alles in 2./3. Lesung zu verabschieden, konnten wir erfolgreich stoppen, weil wir Zeit für eine seriöse Gesetzgebung brauchen. Nun ist vorgesehen, dass die 2./3. Lesung Ende Mai stattfindet und dann der Bundesrat im Juni/Juli dazu tagen kann.

Unterhaltsvorschuss

Hier muss man zunächst betonen, dass es eine strategische Meisterleistung von unserer Familienministerin Manuela Schwesig war, das Thema mit in die Verhandlungen zu drücken. Beim Unterhaltsvorschuss wird die Altersgrenze von 12 auf 18 Jahre angehoben und die Bezugsdauer von 72 Monaten aufgehoben. Dies war längst überfällig, denn Kinder kosten auch nach dem 12. Lebensjahr viel Geld und Alleinerziehende sind dringend auf Unterstützung angewiesen. In der Anhörung gab es von den Experten/innen viel Lob und es wird nur minimale Änderungen am Gesetzentwurf geben.

3,5 Mrd. für kommunale Bildungsinfrastruktur

Da sich der Sanierungstau in den Schulen bundesweit auf 34 Mrd. Euro beläuft, konnte sich die SPD mit ihrem Vorschlag für eine grundgesetzliche Mitfinanzierungskompetenz in die kommunale Bildungsinfrastruktur durchsetzen. Dies ist ein erster Schritt in Richtung Aufhebung des Kooperationsverbotes. Moderne, gut ausgestattete Schulgebäude sind entscheidend für mehr Chancengleichheit in der Bildung. Auch hier gab es in der Anhörung viel

Lob. Diskussionen wird es noch um die Begrifflichkeit „finanzschwach“ geben. Hier ist je ein Drittel vorgesehen für Einwohner, Arbeitslosigkeit und Kassenkredite. Für die Stadtstaaten müsste es Sonderregelungen geben. Es gibt aber bisher keine anderen adäquaten Vorschläge.

Ein Ärgernis am Rande

Der hessische Finanzminister Schäfer startete diese Woche eine PR-Aktion zum Kommunalen Investitionsprogramm (KIP) und „verkaufte“ unser gutes Bundesprogramm für sich. Erstens ist das Vorgehen Schäfers unseriös, weil der Bundestag die 3,5 Mrd. Euro noch gar nicht beschlossen hat. Zweitens schmückt er sich mit „fremden Federn“, weil es ein Bundesprogramm ist. Und drittens gehört auch zur Wahrheit, dass die Bundes-SPD weitere 6 Mrd. Euro, aus dem Haushaltsüberschuss des vergangenen Jahres in Bildungsinfrastruktur stecken wollte. Dies ist aber leider an der Union gescheitert. Als Gipfel der Dreistigkeit schreibt er uns hessischen Bundestagsabgeordneten dann auch noch ein Bettelbrief, in dem er Wünsche zur Ausgestaltung des 3,5 Mrd. Euro-Topfes formuliert.

Rechte des Bundes und Rechte des Bundesrechnungshofs

Bei Mischfinanzierungen soll der Bundesrechnungshof in den Ländern und Kommunen neue Kontrollrechte erhalten. Wenn der Bund beispielsweise Wohnungsbau fördert, sollen unsere Mittel auch genau da ankommen und nicht in den allgemeinen Länderhaushalten verschwinden.

Der Stabilitätsrat soll künftig neben der Einhaltung der Schuldenbremse im Bund auch die Einhaltung der Schuldenbremse in den einzelnen Ländern überwachen. Der Bund soll zusätzliche Kompetenzen in der Steuerverwaltung bekommen, insbesondere im Bereich der Informationstechnik. Das wird künftig hoffentlich die Einigung in Steuerfragen zwischen Bund und Ländern vereinfachen und beschleunigen. Auch diese Gesetzentwürfe sind relativ unproblematisch, werden von den Ländern aber nur notgedrungen akzeptiert, weil Sie im Gegenzug Millionen und Milliarden vom Bund bekommen.

Infrastrukturgesellschaft Verkehr

Mit der Verkehrsgesellschaft des Bundes wird die Bundesauftragsverwaltung bei den Bundesautobahnen abgeschafft. Der Bund wird die alleinige Verantwortung für Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung und Finanzierung von Bundesautobahnen übernehmen. Insbesondere wegen diesem Gesetzentwurf haben wir als SPD-Fraktion von Anfang an klargemacht, dass wir dieses umfangreiche Paket nicht einfach „durchwinken“ werden. Von Anfang an hat die SPD eine Privatisierung der deutschen Autobahnen und Bundesstraßen ausgeschlossen. Sigmar Gabriel konnte bei den Verhandlungen eine doppelte Privatisierungsschranke durchsetzen. Im Grundgesetz wird deswegen geregelt, dass nicht nur die Bundesfernstraßen selbst im unveräußerlichen, 100-prozentigen Eigentum des Bundes bleiben, sondern auch die Infrastrukturgesellschaft.

In den parlamentarischen Beratungen und Verhandlungen sind nun folgende Ziele für uns vorrangig:

1. Die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten des Bundestages müssen gegenüber der Gesellschaft gestärkt werden.
2. Die Interessen der Beschäftigten der Straßenbauverwaltung hinsichtlich Status, Arbeitsplatz und Arbeitsort müssen angemessen berücksichtigt werden.
3. Die Eigentümerschaft des Bundes an den Autobahnen und der Infrastrukturgesellschaft muss erweitert werden, dass auch die Absicherung des unveräußerlichen Eigentums des Bundes an möglichen Tochtergesellschaften gesetzlich verankert wird, ebenso der Ausschluss von Teilnetz-ÖPPs.
4. Die Rechtsform einer Aktiengesellschaft, ohne parlamentarische Kontrolle, halten wir für ungeeignet und wollen sie daher gesetzlich ausschließen. Unser verkehrspolitisches Ziel ist es, die neue Gesellschaft so zu gestalten, dass sie als gemeinwohlorientierte Einrichtung für ein effizientes Autobahn-Netz in Deutschland sorgt, das allen Menschen in unserem Land zu Gute kommt. Der nächste Schritt im parlamentarischen Verfahren ist die öffentliche Anhörung im Haushaltsausschuss am 27. März 2017.

Mit der Faust in der Tasche für die Dobrindt-Maut – PKW-Maut beschlossen



Am Freitag mussten wir im Bundestag das Prestigeprojekt der CSU, die Pkw-Maut, beraten und abstimmen. Im Koalitionsvertrag haben wir die Pkw-Maut unter drei zu erfüllenden Kriterien vereinbart:

- Die Maut muss europarechtskonform sein.
- Es dürfen für keinen deutschen Autofahrer Mehrkosten entstehen.
- Die Maut muss in einem nennenswertem Umfang Geld generieren.

Die beiden ersten Kriterien sind seit der Überarbeitung des Gesetzentwurfes und der Einigung zwischen der EU-Kommission und Dobrindt erfüllt.

Das dritte Kriterium war hoch umstritten. In Experten-Anhörungen im Haushalts-, Finanz- und Verkehrsausschuss bezweifelten die Sachverständigen die Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums. Lediglich der eigene Gutachter des Ministeriums erklärte die Zahlen für plausibel.

Daher befragte die SPD-Fraktion Bundesfinanzminister Schäuble, ob Dobrindts Zahlen

stimmen. Nach langem Zögern kam Schäubles Antwort: "Das Bundesministerium der Finanzen hat keine Veranlassung, die Annahmen der Verkehrsexperten des BMVI zu bezweifeln. Daher sehe der Finanzplan des Bundes ab 2019 auch zusätzliche Investitionen von rund 500 Millionen Euro pro Jahr vor."

Nachdem der Bundesfinanzminister die Verantwortung übernommen hat, mussten wir dem ungeliebten CSU-Projekt zustimmen, weil wir vertragstreue sein müssen.

Doch der Maut stehen weitere Hürden bevor. Zunächst muss sich noch der Bundesrat mit der Thematik befassen und hier haben einige Länder bereits Protest angemeldet.

Dann kommen Bundestagswahlen, neue Koalitionsverhandlungen und selbst wenn es die Maut in einen neuen Koalitionsvertrag schafft, wird mit Sicherheit dagegen geklagt. Unsere Prognose: Die Maut wird wie das CSU-Projekt Betreuungsgeld scheitern.

Demografischen Wandel gestalten – Die Demografiestrategie der Bundesregierung



Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahrzehnten Deutschland tiefgreifend verändern. Wir werden älter, wir werden weniger und unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Dabei ist nicht die Frage, ob sich etwas ändern wird, sondern wie und was wir daraus machen. Was bedeutet diese Entwicklung für jeden Einzelnen und für unser Land als Ganzes?

An diesem Freitag hat die Bundesregierung ihre [Demografiestrategie](#) im Deutschen Bundestag vorgestellt. Ziel der Demografiestrategie ist es, jedem Einzelnen entsprechend seiner Lebenssituation und seines Alters Chancen zu eröffnen, seine Potenziale und Fähigkeiten zu entwickeln und seine Vorstellungen vom Leben zu verwirklichen.

Die Regionen sind sehr unterschiedlich von der demografischen Entwicklung betroffen. Neben Regionen mit Bevölkerungsverlusten und einer relativ starken Alterung gibt es wachsende Regionen, die vom Zuzug insbesondere jüngerer Menschen profitieren.

Klar ist, dass jede Region auch in Zukunft faire Entwicklungschancen haben muss. Dort, wo die demografische Entwicklung zu einem Kreislauf aus Abwanderung, sinkender Attraktivität sowie zu einer Verschlechterung der Daseinsvorsorge und der Einkommensmöglichkeiten führt, wird die Bundesregierung durch eine Bündelung ihrer Unterstützungsmöglichkeiten gegensteuern müssen. Städte, in denen Zuwanderung zu besonderen Chancen, aber auch Herausforderungen für das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen führt, müssen wir hingegen bei der Entwicklung integrativer und lebenswerter Stadtgesellschaften unterstützen.

Hinzu treten die entscheidenden Faktoren, um langfristig nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und Zusammenhalt für das ganze Land zu sichern. Dafür gilt es, die Bildungspotenziale der Bürgerinnen und Bürger weiter zu entwickeln und auszuschöpfen. Nicht zuletzt wird die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft auch für ländliche Räume der entscheidende Faktor sein. Etwa im Gesundheits- und Pflegesektor können Telemedizin und digitale Technologien die Versorgungsqualität verbessern.

Zusätzliche Informationen zur Demografiestrategie der Bundesregierung gibt es [hier](#).

Parlamentariergruppe Südliches Afrika: Gespräch mit Delegation aus Mosambik



Als Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südliches Afrika (SADC) konnte ich am Mittwoch eine Parlamentarierdelegation aus Mosambik im Deutschen Bundestag begrüßen. Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen die politische Kommunikation von Parteien sowie der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern in Mosambik. Das Treffen mit der Delegation der Regierungspartei "Mosambikanische Befreiungsfront" (FRELIMO) fand im Rahmen einer Informationsreise der Friedrich-Ebert-Stiftung durch mehrere europäische Parlamente statt. Ich berichtete von meinen Erfahrungen aus meinem steten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises, davon, wie politische Anliegen aus dem Wahlkreis auf Bundesebene Gehör finden sowie davon, wie man sich mit klarer Sprache eindeutig positioniert und so auch verbindlich bleibt. Wir wollen die progressiven Kräfte der FRELIMO darin unterstützen, reale politische Teilhabe zu ermöglichen und Formen des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern zu finden, die nicht alleine auf die Durchsetzung des Machtanspruchs fokussieren. Ziel Mosambiks ist es, im Friedensprozess autoritären Tendenzen mit inklusiver und bürgernaher Politik zu begegnen.

Parlamentariergruppe Südliches Afrika: Abendessen mit Delegation Tansania



Wiederum als Vorsitzender der SADC-Parlamentariergruppe konnte ich am Dienstag eine Delegation aus Tansania im Deutschen Bundestag zu einem Gespräch über den interreligiösen Dialog im dem ostafrikanischen Land begrüßen. Anlass der Delegationsreise der tansanischen Abgeordneten sind die in der letzten Zeit auftretenden religiösen Spannungen. Deshalb stand der interreligiöse Dialog im Mittelpunkt des Gesprächs.

In Tansania leben etwa gleich viele Muslime und Christen. Es zeichnet sich im afrikanischen Vergleich bisher durch einen nahezu beispiellosen inneren Frieden aus. Erste Anzeichen für einen wachsenden muslimischen Extremismus sind derzeit zu beobachten, der durch die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit junger Muslime verstärkt wird. Sie sind traditionell schlechter gebildet, als die anderer Religionsgruppen. Die Delegation, angeführt vom obersten muslimischen Repräsentanten Tansanias, will im Austausch mit Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft und deutschen Muslimen, modernes muslimisches Leben in Deutschland sowie Inhalte und Entwicklungen des hiesigen interreligiösen Dialogs kennenlernen.

Gesprächskreis Afrika im Bundestag – Afrikanische Union will sich reformieren



Der diesjährige G20-Gipfel und weitere internationale Spitzentreffen thematisieren in 2017 verstärkt die Belange des afrikanischen Kontinents. Migration, Armut und Korruption lähmen die aufstrebenden Gesellschaften in vielen Ländern des Kontinents, dessen Potential mehr und mehr entdeckt wird. Am Donnerstag fand daher der so genannte Gesprächskreis Afrika der SPD-Fraktion statt. Er dient als Forum von Vertreterinnen und Vertretern aus Entwicklungshilfeorganisationen, Politik und Zivilgesellschaft. Thema war diesmal die Entwicklung der Afrikanischen Union (AU), deren neuer Vorsitzender eine ambitionierte Reformagenda vorgelegt hat, welche die AU aus einer lange währenden Zeit des Stillstands führen soll. Dazu gehört die verlässliche und eigenständige Finanzierung der Union durch ihre Mitglieder, Verbesserung der Regierungsarbeit in den Mitgliedsländern, die Sicherung von Sicherheit und Frieden, wie auch die gemeinsame Adressierungen der Weltgemeinschaft mit einer geeinten AU-Stimme. Als Referent sprach Florian Koch, der das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung bei der AU im äthiopischen Addis Abeba leitet.

„Wie steht es um Rot-Rot-Grün?“ – Die Linke beim Netzwerk Berlin zu Gast



Unter dem Titel „Links, Zwo, Drei zu neuen Mehrheiten“ moderierte ich als Netzwerksprecher diese Woche einen besonderen Netzwerktalk: Mit dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch, diskutierten wir in offener Runde wie es um Rot-Rot-Grün mit Hinblick auf die Bundestagswahl bestellt ist. In Thüringen und Berlin bereits Realität – könnte sich daher aus diesem Bündnis eine realistische Machtperspektive ergeben? Verfügen alle drei Parteien über eine solide gemeinsame Basis? Welche Voraussetzungen müssten die Partner dafür mitbringen? Dietmar Bartsch betonte, dass man in dieser Frage aufeinander zugehen müsse und immer alles diskutierbar sei. Wo die einzelnen Parteien stehen, wurde durch Bartsch und die Gäste analysiert. Bartsch betonte, dass Die Linke in der Sozialdemokratie nicht immer einen Gegner sehe. Doch auch wenn man aufeinander zugeht, muss dennoch jeder Partei klar sein, dass jeder am Ende seinen eigenen Wahlkampf macht und selbstverständlich bei „dem anderen“ die negativen Dinge suchen wird. Ergebnis des Austauschs: Wir gehen die großen Herausforderungen wie Europa in der Krise oder der wachsenden Tendenz des Rechtspopulismus positiv an.

Bundeskonferenz der Jungen Islamkonferenz: Die Dialogkultur wieder aufleben lassen!



An drei Tagen diskutierten im Deutschen Bundestag 40 junge Menschen aus ganz Deutschland – Muslime und Nicht-Muslime, mit und ohne Migrationshintergrund aus dem ganzen Bundesgebiet – wie wir zu mehr Meinungsvielfalt und einer demokratischeren Gesprächskultur zurückfinden können.

Bei der Veranstaltung stand unter anderem im Fokus, warum und wie sich der gesellschaftliche Dialog in Deutschland gewandelt hat. Hierfür brachte die Junge Islam Konferenz junge Teilnehmende mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Aktivistinnen und Aktivisten, Bloggerinnen und Bloggern sowie Expertinnen und Experten aus Politik und Zivilgesellschaft unter der Überschrift „Den Dialog flicken. Wege zurück zu Meinungsvielfalt und Gesprächskultur“ zusammen.

In kurzen Anprachen, verschiedenen Workshops und einem so genannten Barcamp (eine kleine ad-hoc-Tagung, deren Tagesordnung von den Teilnehmenden kurzfristig aufgestellt und danach diskutiert wird), vermittelten die 17 geladenen Sprecherinnen und Sprecher ihr

Wissen und Vorschläge zur Handlungskompetenz und schafften so die Grundlage, Grenzen aufzubrechen und Diskursräume zu schaffen.

Als Bildungspolitiker habe ich mich sehr gefreut, dass ich die Veranstaltung mit einem Grußwort eröffnen konnte. Denn Bildung und Sprache bilden den fundamentalen Schlüssel zu Integration und Dialogkultur. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer habe ich auf die Konferenz eingestimmt und ihnen mit auf den Weg gegeben, wie wichtig es ist, sich für Dinge zu engagieren und diese anzusprechen. Gerne habe ich daher die Organisation der Tagung im Bundestag unterstützt.



Besonders gefreut hat mich auch, dass die Veranstaltung mit Aydan Özoğuz, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, ganz im Zeichen der Sozialdemokratie stand.

Ich wünsche der Jungen Islamkonferenz für ihren Workshop an den kommenden Tagen erfolgreiche Dialoge!

Pressemitteilungen

[21.03.2017 – Martin Rabanus zu Gast in den PuSch-Klassen der Reformschule](#)

[21.03.2017 – Kommunale Bildungsinfrastruktur: Finanzminister Schäfer schmückt sich mit fremden Federn](#)

[21.03.2017 – Gemeinsam für die Beschäftigten kämpfen](#)

Termine

27.03.-31.03.2017

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag in Berlin

27.03.2017

19:00 Uhr – Mitgliederversammlung SPD-Geisenheim

01.04.2017

09:30 Uhr – Besuch Familienzentrum „MüZe“ in Limburg

02.04.2017

Besuch der Rettungshundestaffel des DRK Limburg

- Kursive Termine sind öffentlich -